

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Schul-, Sport- und Kulturausschuss
Sitzungsdatum:	Mittwoch, den 28.10.2020
Sitzung Nummer:	11 (SSKA/11/2020)
Sitzungsdauer:	16:00 - 18:00 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungssaal "Stendal"

Edith Braun
Vorsitzende

Alessa Stobinski
Protokollführung

Anwesend:

Vorsitz

Frau Edith Braun

Mitglieder

Herr Jürgen Emanuel

Frau Carmen Kalkofen

Herr Peter Ludwig

Herr Bernd Prange

anwesend bis 17.12 Uhr

Frau Annegret Schwarz

Herr Jürgen Teubner

sachkundige Einwohner

Frau Steffi Friedebold

anwesend bis 17.25 Uhr

Herr Marcus Graubner

Herr Ulf Hamann

Protokollführer

Frau Alessa Stobinski

von der Verwaltung

Frau Dr. Ulrike Bergmann

Frau Annett Dehmel

Herr Thomas Lötsch

Herr Dirk Michaelis

Abwesend:

sachkundige Einwohner

Herr Horst Janas

entschuldigt

Herr Reinhard Röhl

entschuldigt

Tagesordnung:

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Schul-, Sport- und Kulturausschusses sowie der Beschlussfähigkeit
- 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

- 4 Beschluss über den öffentlichen Teil der Niederschrift der 10. Sitzung des Schul-, Sport- und Kulturausschusses vom 30.09.2020
 - 5 Mittelfristige Schulentwicklungsplanung für das Schuljahr 2014/15 bis 2018/19 für den Landkreis Stendal, gültig bis zum Schuljahr 2021/22
hier: Änderung von Schuleinzugsbezirken der Grundschulen "Am Stadtsee", "Ganztagsgrundschule an der Goethestraße", "Juri Gagarin", "Nord" und "An der Haferbreite" (vorl. Name) der Hansestadt Stendal ab dem Schuljahr 2021/22, laut Beschluss des Stadtrates Stendal vom 06.07.2020
Vorlage: 277/2020
 - 6 Mittelfristige Schulentwicklungsplanung für das Schuljahr 2014/15 bis 2018/19 für den Landkreis Stendal, gültig bis zum Schuljahr 2021/22
hier: Änderung von Schuleinzugsbezirken der Grundschulen Sandau, Kliezt und Schönhausen der Verbandsgemeinde Elbe-Havel-Land ab dem Schuljahr 2021/22, laut Beschluss des Verbandsgemeinderates Elbe-Havel-Land vom 15.07.2020
Vorlage: 278/2020
 - 7 Information zum Stand der Verordnung der Schulentwicklungsplanung ab dem Schuljahr 2022/2023
Berichterstatter: Matthias Stübiger - Ministerium für Bildung Sachsen-Anhalt
 - 8 Kostenloses Schüler(innen)ticket im Landkreis Stendal
Berichterstatter: Annett Dehmel
Vorlage: 280/2020
 - 9 Vorstellung des 1. Entwurfs des fortgeschriebenen Kreisentwicklungskonzeptes 2030 - Mitteilungsvorlage -
Berichterstatter: Dirk Michaelis
Vorlage: 259/2020
 - 10 Förderung der Nutzung des "Familienmuseums" im Winckelmann-Museum Stendal
Vorlage: 276/2020
 - 11 Anfragen und Anregungen
 - 12 Einwohnerfragestunde
-

Protokoll

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende des Schul-, Sport- und Kulturausschusses, Frau Braun, eröffnet um 16.00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Schul-, Sport- und Kulturausschusses sowie der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung fest. Es fehlen die sachkundigen Einwohner Herr Röhl und Herr Janas. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

zu TOP 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Die Ausschussvorsitzende informiert, dass es ein Vorgespräch gab und der Tagesordnungspunkt 6 abgesetzt wird, da der Antrag noch einmal korrigiert werden muss.

Da es sonst keine Änderungsanträge gibt, gilt die Tagesordnung als festgestellt.

zu TOP 4 Beschluss über den öffentlichen Teil der Niederschrift der 10. Sitzung des Schul-, Sport- und Kulturausschusses vom 30.09.2020

Da es keine Einwände gibt, wird der öffentliche Teil der Niederschrift vom 30.09.2020 zur Abstimmung gestellt.

einstimmig beschlossen

Ja 5 Enthaltung 2

**zu TOP 5 Mittelfristige Schulentwicklungsplanung für das Schuljahr 2014/15 bis 2018/19 für den Landkreis Stendal, gültig bis zum Schuljahr 2021/22
hier: Änderung von Schuleinzugsbezirken der Grundschulen "Am Stadtsee", "Ganztagsgrundschule an der Goethestraße", "Juri Gagarin", "Nord" und "An der Haferbreite" (vorl. Name) der Hansestadt Stendal ab dem Schuljahr 2021/22, laut Beschluss des Stadtrates Stendal vom 06.07.2020
Vorlage: 277/2020**

Die Ausschussvorsitzende eröffnet den Tagesordnungspunkt.

Herr Ludwig teilt mit, dass es eine Anregung von Eltern gab, die Einzugsbereiche zu verändern. Die Stadt Stendal hat für diese Entscheidung mehrere Beratungsrunden benötigt und sich letztendlich für die Änderung der Einzugsbereiche entschieden. Ich bitte auch hier um Zustimmung.

Die Ausschussvorsitzende stimmt Herrn Ludwig zu. Die Einzugsbereiche sollten so gestaltet werden, dass beide Schulen gleichmäßig ausgelastet sind. Der Entscheidung der Stadt Stendal kann durchaus zugestimmt werden. Da es keine weiteren Fragen gibt, stellt die Ausschussvorsitzende die Vorlage zur Abstimmung.

einstimmig zugestimmt

**zu TOP 6 Mittelfristige Schulentwicklungsplanung für das Schuljahr 2014/15 bis 2018/19 für den Landkreis Stendal, gültig bis zum Schuljahr 2021/22
hier: Änderung von Schuleinzugsbezirken der Grundschulen Sandau, Kliez und Schönhausen der Verbandsgemeinde Elbe-Havel-Land ab dem Schuljahr 2021/22, laut Beschluss des Verbandsgemeinderates Elbe-Havel-Land vom 15.07.2020
Vorlage: 278/2020**

abgesetzt oder zurückgezogen

**zu TOP 7 Information zum Stand der Verordnung der Schulentwicklungsplanung ab dem Schuljahr 2022/2023
Berichterstatter: Matthias Stübiger - Ministerium für Bildung Sachsen-Anhalt**

Die Ausschussvorsitzende erklärt, dass Herr Stübiger aufgrund der momentanen Corona Pandemie nicht anwesend sein kann. Dafür wird Frau Dr. Bergmann über das Thema informieren.

Frau Dr. Bergmann erläutert eine ausgehängte Tabelle zu dem Entwurf der Schulentwicklungsplanung.

Die Ausschussvorsitzende ergänzt, dass es eine Schülerbeförderungsrichtlinie gibt, die der Kreistag beschlossen hat. Dadurch gibt es zeitliche Begrenzungen, wie lange ein Kind mit dem Bus unterwegs sein darf.

Frau Schwarz erklärt, dass die 30 Minuten Regelung für Schüler eine kreisinterne Regelung und damit eine freiwillige Aufgabe ist. Außerdem merkt sie an, dass es eine starke Verschiebung der Einzugsgebiete geben wird. Sie sieht vor allem das Problem bei Goldbeck, Arneburg und Seehausen.

Frau Friedebold unterstützt die Ausführung von Frau Schwarz. Sie sagt, dass es ein Problem für den Hauptstandort ist, überhaupt die 60 zu erreichen. Grundschulverbände sind in unserem Landkreis nur mit 40 bis 60 Schülern zu realisieren. Sie gibt zu bedenken, dass der Teilstandort direkt geschlossen wird, wenn die 40 Schüler unterschritten werden. Diese müssen dann zum Hauptstandort fahren. Somit kann es sein, dass die Zahl bereits im dritten Jahr unterschritten wird, dann ist der Grundschulverbund nicht mehr existent.

Die Ausschussvorsitzende teilt die Auffassung von Frau Friedebold. Sie merkt an, dass die Stellungnahme vom Land in dem Antwortschreiben sehr schwammig formuliert wurde. Die Vorsitzende bemängelt, dass die Fraktion DIE LINKE erst jetzt, am 28.10.2020, einen Antrag zu Änderung der Verordnung zur Schulentwicklungsplanung 2022 im Landtag gestellt hat, obwohl mit demselben Tag bereits die gesetzliche Vorgabe beschlossen wurde.

Herr Emanuel erklärt, dass die Partei nur ein Fazit, das aus diesem Schreiben ersichtlich ist, in den Landtag mit einbringen möchte.

Die Ausschussvorsitzende erklärt, dass die jetzige Ausführung konkret ist, aber sie kritisiert, dass damals kein Antrag in den Landtag gestellt wurde. Nun wird allerdings ein Antrag gestellt, aber dieser kommt zu spät.

Herr Hufschmidt erklärt, dass in dem politischen Raum lange die Hoffnung über eine Änderung der Verordnung zum Schulentwicklungsplan, verbreitet wurde. Es stand auch in der Diskussion, ob weitere Schulschließungen verhindert werden können. Die Verbandsgemeinde Arneburg-Goldbeck ist sehr enttäuscht von dieser neuen Verordnung, da sie die drei Schulen dadurch nicht weiterhin aufrechterhalten können. Die Zahlen für Haupt- und Nebenstandort sind dafür zu gering. Sie werden die Schule mit den geringsten Zahlen nur dadurch retten können, indem Schulbezirke radikal geändert werden.

Die Ausschussvorsitzende teilt die Auffassung von Herrn Hufschmidt. Sie erklärt, dass das langsame Sterben der Schulen auf dem Land mit diesen Zahlen vorprogrammiert ist. Die Schulverbände, die nun als große Rettung und Lösung dargestellt wurden sowie schon in den Letzten zwei Jahren in der Presse, geben das überhaupt nicht her. Man findet dafür auch kein Verständnis, da jeder nur an seine eigene Schule denkt, aber nicht an die von Nebenan. Sie merkt an, dass das kulturelle Leben durch den Wegfall einiger Schulen in den Dörfern eingeschränkt wird.

Frau D. Bergmann führt die Erklärung zur Tabelle weiter aus.

Die Ausschussvorsitzende fordert alle Fraktionen, die im Landtag vertreten sind auf, auf das Thema aufmerksam zu machen und Initiativen zu bilden.

Die Bildungspolitik in Sachsen-Anhalt ist mehr als unbefriedigend. Es gibt eine hohe Zahl an Ausfallstunden. Außerdem gibt es Gymnasien, die ihre Fachunterrichtsstunden nicht mehr leisten können, da es nicht genügend Lehrer gibt. Man weiß, wann welche Kräfte in Rente gehen oder wie viele Dauerkrank sind. Es wurden zu wenig Lehrer ausgebildet und zu wenig Referendarstellen in Sachsen-Anhalt geschaffen, sodass Studenten, die hier geboren sind, nun in anderen Bundesländern verbeamtet und als Lehrer tätig sind. Diese sind dem Land verloren gegangen. Diese Politik des Staates hat uns in diese Lage gebracht, erklärt sie.

Herr Emanuel bittet darum, dass der Fraktion DIE LINKE und der CDU-Fraktion nicht einseitig „der Schwarze Peter“ zugeschoben werden soll.

Die Ausschussvorsitzende ergänzt, dass sie deutlich genug ausgeführt hat, dass in der Hinsicht alle versagt haben.

Damit schließt sie den Tagesordnungspunkt.

zu TOP 8 Kostenloses Schüler(innen)ticket im Landkreis Stendal **Berichterstatter: Annett Dehmel** **Vorlage: 280/2020**

Die Ausschussvorsitzende leitet den 8. Tagesordnungspunkt ein und übergibt das Wort an Frau Dehmel.

Frau Dehmel stellt die aufgenommenen Änderungen vor. Und zwar wurde die Beschlussvorlage angepasst und erneuert, aufgrund des letzten Schulausschusses. Es wurde der Kreis der Nutzungsberechtigten angepasst, es wurde die Altersbeschränkung rausgenommen, dazu wurde konkreter gefasst, wer das Ticket nutzen darf, um eine größere Abgrenzung zum Azubi-Ticket zu bekommen. Außerdem wurde der Eigenanteil der Schüler ab dem 11. Jahrgang berücksichtigt. Für Rufbusse soll dennoch ein separates Ticket genutzt werden.

Die Ausschussvorsitzende merkt an, dass in der Vorlage eine Darstellung der Finanzierung fehlt. Vor allem die Gemeinden leiden unter der Erhöhung der Kreisumlagen. In einer Haushaltskonsolidierung eine freiwillige Aufgabe von circa einer Million Euro zu stemmen, das erschließt sich ihr nicht. Es klingt alles sehr löblich, aber den Fachleuten nach zu urteilen, würden die Städte davon profitieren und die Dörfer hätten das Nachsehen. Bereits im letzten Jahr, als der Antrag kam, habe ich angemerkt, dass dieser Antrag nicht finanzierbar ist in der derzeitigen Finanzlage. Das Azubi- Ticket ist ein anderes Thema. Es stellt einen wichtigen Beitrag für die Auszubildenden im ländlichen Raum dar. Allerdings werden bereits dafür hohe Summen benötigt.

Herr Prange sagt, dass es sich bei dieser Vorlage um eine gute Sache handelt. Der Antragssteller hat allerdings keine Deckungsquelle im Antrag vermerkt und sollte dies nachholen. Frau Braun und ich sitzen schon seit 21 Jahren zusammen im Kreistag und haben uns damals vorgenommen, alle Schulen zu renovieren. Davon sind wir noch weit entfernt.

Sollte durch den Antragssteller eine Deckungsquelle nachgereicht werden, könnte man dieser Vorlage zustimmen.

Frau Schwarz schließt sich der Meinung von Herrn Prange an. Ich werde der Vorlage nicht zustimmen, sie aber auch nicht ablehnen. Ich werde mich meiner Stimme enthalten bis eine klare Deckungsstelle genannt wurde. Es muss auch noch konkretisiert werden, wie man mit dem ländlichen und städtischen Raum umgeht, damit man ein Gleichgewicht herstellen kann. Entscheidend ist aber die Deckungsquelle. Ich lehne die Vorlage nicht ab, da ich denke, dass der Antrag weiterhin im Gespräch bleiben sollte.

Frau Kalkofen erklärt, dass ihre Fraktion einen Änderungsantrag zu dieser Beschlussvorlage gestellt hat. Wir sind der Meinung, dass in dieser Vorlage die städtischen Kinder bevorzugt werden, und wir die Freizeitfahrten nicht finanzieren möchten. Die Gleichstellung ist in der Hinsicht sehr wichtig. Warum müssen die Abiturienten eine Selbstbeteiligung von 100 € zahlen?

Die Ausschussvorsitzende erklärt, dass ihr der Antrag der Fraktion FDP-Bündnis 90/Grüne-Landwirte für die Region zur Drucksache 287/2020 heute erst zugegangen ist. Der Antrag wurde nun von allen zur Kenntnis genommen und wird am 12.11.2020 auf die Tagesordnung des Kreistages gesetzt und dort behandelt.

Herr Hufschmidt merkt an, dass mit dem kostenlosen Schülerticket der Nahverkehr gestärkt werden soll. Der eingereichte Änderungsantrag enthält einen nicht zu lösenden Widerspruch. Das Problem liegt bei dem Nahverkehr im ländlichen Raum. Dieser ist sehr ausgedünnt und die Dörfer sind sehr schlecht an das öffentliche Verkehrsnetz angebunden. Wenn der Nahverkehr nur in der Schulzeit gestärkt wird, sehe ich keinen sonderlich großen Fortschritt. Es sollte dafür etwas getan werden, dass der öffentliche Nahverkehr attraktiv und perspektivisch auch stärker wird.

Die Ausschussvorsitzende hinterfragt in dem Antrag, warum die Rufbusse gestrichen werden sollen.

Frau Dehmel erklärt, dass der Rufbus bewusst herausgenommen wurde, da dieser ein unkalkulierbares Kostenrisiko darstellt. Es liegt zwar ein pauschales Angebot für den Rufbus vor, aber diese Kosten können sehr schnell in die Höhe steigen.

Die Ausschussvorsitzende fragt, warum die Schüler ab der 11. Klasse einen Eigenanteil von 100 € zahlen müssen.

Frau Dr. Bergmann erklärt, dass in dem alten Antrag steht, dass die Schüler das Schülerticket erhalten sollen, wenn die 100 € Selbstbeteiligung gezahlt werden, wie es im Schulgesetz vorgesehen ist. In dem neuen Antrag sollen die 100 € wegfallen. Die Selbstbeteiligung sollte dabei durch den Landkreis finanziert werden. Dies würde allerdings dem Gesetz widersprechen und würde auch zusätzliche Kosten für den Landkreis bedeuten.

Frau Friedebold stimmt in Hinsicht der Finanzierungsquelle ihren Vorrednern zu und fragt, in welchen Gebieten Rufbusse verkehren und bittet um eine Auflistung der Rufbusse. In vielen Dörfern wird außerhalb der Schülerbeförderung ausschließlich der Rufbus genutzt. Wenn diese Nutzungsmöglichkeit jetzt wegfallen sollte, gibt es keine Möglichkeit mehr für die Schüler, mit den öffentlichen Verkehrsmitteln irgendwohin zu gelangen.

Herr Emanuel möchte nicht, dass die Arbeit der letzten Monate in den Ausschüssen umsonst war. Aus diesem Grund sollte man sich Gedanken machen, wie die finanzielle Lücke geschlossen werden kann. Es wäre schade, wenn diese Vorlage jetzt abgelehnt und nicht weiter behandelt wird.

Die Ausschussvorsitzende erklärt, dass die Verwaltung oder der Antragsteller dafür verantwortlich ist, eine Möglichkeit der Finanzierung vorzustellen.

Frau Schwarz stellt klar, dass die Diskussion nicht umsonst war. Jedoch ist die Absicherung der Deckungsquelle notwendig. Es sollten jetzt keine voreiligen Entscheidungen getroffen werden, die uns in der Haushalts-Diskussion vor große Probleme stellen könnten.

Frau Friedebold benötigt erst einen Überblick über den Einsatz der Rufbusse, um eine faire Entscheidung treffen zu können.

Frau Schwarz stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung auf „Beendigung der Debatte“. Sie schlägt vor, die Beschlussvorlage zunächst zurückzustellen und die Problematik der Finanzierung sowie der Rufbusse zu klären.

Außerdem sollte der Ausschuss einen Antrag stellen, diesen Punkt von der Tagesordnung des Kreistages vorerst abzusetzen. Nach Klärung der Probleme kann die Behandlung wieder aufgenommen werden.

Die Ausschussvorsitzende stellt den Antrag von Frau Schwarz zur Abstimmung.

-> 6 x Ja 1 x Enthaltung

-> einstimmig beschlossen

zurückgestellt

zu TOP 9 Vorstellung des 1. Entwurfs des fortgeschriebenen Kreisentwicklungskonzeptes 2030 - Mitteilungsvorlage - Berichterstatter: Dirk Michaelis Vorlage: 259/2020

Die Ausschussvorsitzende leitet in den 9. Tagesordnungspunkt über und übergibt das Wort an Herrn Michaelis. Herr Michaelis stellt den Entwurf des fortgeschriebenen Kreisentwicklungskonzeptes 2030 anhand einer Power-Point- Präsentation vor.

Die Ausschussvorsitzende fragt, wo sich in diesen Themenfeldern der ÖPNV wiederfindet.

Herr Michaelis antwortet, dass sich der ÖPNV in der technischen Daseinsvorsorge wiederfindet.

Die Ausschussvorsitzende vertritt die Meinung, dass in dem Kreisentwicklungskonzept dargestellt werden muss, wie der ÖPNV flächendeckend verteilt ist und welche Gegenden abgehängt sind.

Herr Michaelis antwortet, dass zu diesem Thema eigentlich der Nahverkehrsplan als Fachplanung vorliegt. Im 2. Entwurf des Kreisentwicklungskonzeptes wird versucht, die Thematik ÖPNV noch etwas deutlicher herauszustellen.

Frau Schwarz ergänzt, dass auf Seite 16 und Seite 40 ff. das Thema ÖPNV dargestellt wird.

Herr Emanuel stellt fest, dass die Anzahl der Kita- Plätze von 2018 in dem Konzept verwendet wurden.

Herr Michaelis erklärt, dass mit dem ersten Entwurf schon im Jahr 2019 begonnen wurde und somit diese „älteren“ Zahlen verwendet wurden. In dem zweiten Entwurf werden selbstverständlich aktuelle Zahlen genutzt.

Die Ausschussvorsitzende merkt an, dass sie das Leitbild „Landkreis Stendal - kernig- weit-lebenswert“ sehr gut findet.

Herr Teubner bittet darum, dass nicht zu viele englische Wörter im Konzept verwendet werden.

Frau Schwarz würde sich ebenfalls für den Vorschlag „Landkreis Stendal - kernig- weit- lebenswert“ entscheiden. Außerdem stimmt sie Herrn Prange zu, dass es besser wäre, eine „einfache Sprache“ zu verwenden und auf Fremdwörter weitgehend zu verzichten.

Herr Hufschmidt hat gelesen, dass das Kreisentwicklungskonzept eine Schlüsselrolle im Zusammenhang mit der gesamten Förderstruktur spielen kann. Er fragt, wie man das im Zusammenhang verstehen soll.

Herr Michaelis erklärt, dass es bisher das ILEK (Integriertes ländliches Entwicklungskonzept) gibt. Dieses läuft Ende des Jahres 2020 aus. Hier gab es einen Förderbonus. Der Landkreis hofft, dass mit einem beschlossenen Kreisentwicklungskonzept auch eher Fördermittel möglich sind.

Es wird der Hinweis gegeben, dass der Landkreis Stendal zu den 21 Landkreisen gehört, die von sehr stark unterdurchschnittlichen Lebensverhältnissen geprägt sind.

Diese Feststellung sollte argumentativ genutzt werden, denn das Land Sachsen-Anhalt spricht oft von einer Erreichung gleichwertiger Lebensverhältnisse (politisches Ziel).

Die Ausschussvorsitzende bedankt sich bei Herrn Michaelis. Sie schlägt vor, dass der Ausschuss gemeinsam mit Herrn Michaelis eine Stellungnahme zu der Anbindung des ÖPNV und der Schülerbeförderung sowie der Schulentwicklungsplanung verfasst und diese an den Ministerpräsidenten des Landes sendet. Mit Unterstützung eines solchen Entwicklungskonzeptes kann die Stellungnahme viel bewirken.

Herr Lötsch erklärt, dass die wesentlichen Maßnahmen, die die Verwaltung vornehmen soll, zwingend im Einklang mit den Entwicklungszielen aus dem Text stehen müssen. Daraus ergibt sich eine entsprechende Strategie, die umgesetzt werden soll.

Herr Emanuel fragt, wann das Entwicklungskonzept umgesetzt und abgeschlossen werden soll. Außerdem hinterfragt er, warum dieses Konzept als Mitteilungsvorlage ausgelegt wird.

Herr Michaelis erklärt, dass man sich derzeit in der Beteiligungsphase befindet. Das bedeutet, dass der Kreistag mit seinen Ausschüssen befragt und eingebunden werden muss. Derzeit sind 28 Stellungnahmen und 400 Hin-

weise eingegangen. Nun fehlt noch die Beteiligung der Gemeinden, die bis zum 30.11.2020 um Verlängerung gebeten haben. Momentan beginnen wir damit, den zweiten Entwurf des Entwicklungskonzeptes zu schreiben und diesen als Beschlussvorlage zu formulieren. Das Ziel ist es, im Frühling 2021 im Kreistag den Beschluss zu fassen.

Die Ausschussvorsitzende informiert, dass in der Stadt Stendal oftmals die leeren Stadtbusse mehrmals täglich fahren. Auf den Dörfern fahren die vollen Schulbusse nur einmal am Tag. Ich würde mir wünschen, dieses Problem mit aufzunehmen.

Herr Graubner fragt, ob es Aussagen im Kreisentwicklungskonzept zur Barrierefreiheit im Landkreis gibt.

Herr Michaelis bejaht die Frage von Herrn Graubner.

Es werden keine weiteren Fragen gestellt.

zur Kenntnis genommen

zu TOP 10 Förderung der Nutzung des "Familienmuseums" im Winckelmann-Museum Stendal Vorlage: 276/2020

Frau Dr. Bergmann erläutert die Vorlage.

Herr Hufschmiedt merkt an, dass in Paragraph 3 dieser Vereinbarung als Voraussetzung der Förderung ausgeführt wird, dass es sich um einen Klassenverband bzw. eine Hortgruppe handeln muss. Diese Aussage kann er nicht nachvollziehen. Er fragt, ob Projektgruppen dieses Angebot auch nutzen können. Er würde es als sinnvoll erachten, wenn Schülergruppen aus thematisch inhaltlichen Gründen dorthin gehen könnten.

Frau Dr. Bergmann sagt, dass es bewusst auf Klassenverbände reduziert wurde, weil es das Ziel ist, die Schulklassen zu fördern. Es ist gewollt, dass es für Unterrichtszwecke genutzt wird in Begleitung mit einer oder mehreren Lehrkräften.

Herr Ludwig fragt, wie die Mehrkosten gedeckt werden.

Frau Dr. Bergmann erklärt, dass bisher ein Kostenanteil von 3000€ im Haushaltsplan dafür vorgesehen ist.

Die Ausschussvorsitzende äußert, dass diese Finanzierung gesichert ist. Es sind freiwillige Aufgaben, die aber dennoch einen Bildungsinhalt haben.

Da es keine weiteren Fragen gibt, stellt die Ausschussvorsitzende die Vorlage zur Abstimmung.

einstimmig zugestimmt

zu TOP 11 Anfragen und Anregungen

Es gibt keine Anfragen und Anregungen.

zu TOP 12 Einwohnerfragestunde

Herr Woitek bedankt sich bei allen Unterstützern für die Unterschriftensammlung bezüglich des Lehrermangels. Er regt an, die Eltern zum Thema „Kostenloses Schülerticket“ mit einzubeziehen. So könnten die Kinder vom Land auch selbstständig in die nächste Stadt fahren, ohne dass sie auf ihre Eltern angewiesen sind.

Da es keine weiteren Fragen gibt, schließt die Ausschussvorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung.